

Der Vorsitzende, Herr Abg. Steiner, eröffnete die 07. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest. Er begrüßte insbesondere den heute zum ersten Mal an einer Sitzung teilnehmenden Sachkundigen Bürger Windhuis und nahm die Verpflichtung vor.

Abg. Kusserow wies auf die heute anwesenden Gäste aus den drei Bürgervereinen hin. und bat die Ausschuss-Mitglieder um ihr Einverständnis, damit die Vereine vor Eintritt in die Tagesordnung noch einmal kurz die Sachlage aus der Sicht der Bockerother, Rauschendorfer und Uthweiler Bürger darstellen können.

Abg. Bausch äußerte, er verstehe, dass die Bürger alle Chancen nutzen möchten, um ihre Vorstellungen zu artikulieren. Die Belange der Bürgervereine seien aber dem Ausschuss bekannt. In einem „Infobrief“ aller drei Bürgervereine vom 01.07.2011 seien allen Fraktionen die wichtigsten Argumente noch einmal schriftlich dargelegt worden. Darüber hinaus habe auch die Verwaltung zwei Gespräche mit den Bürgerprojektgruppen geführt. Deshalb bitte er um Verständnis für die grundsätzliche Entscheidung, dass seine Fraktion heute nicht von der üblichen Verfahrensweise abweichen möchte und insofern eine erneute Darstellung durch die Vereine ablehne.

Abg. Metz schloss sich der Auffassung an. Das Verfahren in Ausschuss-Sitzungen sei klar in der Geschäftsordnung geregelt. Natürlich könne eine Sitzung unterbrochen werden, um Nicht-Ausschuss-Mitgliedern ein Rederecht einzuräumen. Das geschehe aber nur in ganz wenigen Ausnahmefällen, wenn z.B. zu erwarten sei, dass jemand entscheidende neue Gesichtspunkte vorbringe, die die Diskussion beeinflussen könnten. Eine solche Ausnahmesituation sei in diesem Fall nicht gegeben. Der Ausschuss sollte keine Präzedenzfälle schaffen.

Abg. Tendler bemerkte, der Ausschuss habe nicht sehr oft die Gelegenheit, Bürger mit so großem Interesse für ihre kommunalen Angelegenheiten anzuhören. Er habe deshalb kein Verständnis für diese Verfahrensdiskussion und stelle den Antrag auf Sitzungsunterbrechung und Einräumung eines Rederechts für die Bürgervereine.